

Defizite der Politik

Die Metropolregion Berlin nach 2000

Eberhard von Einem
Vortrag DASL 2007

Vorbemerkung: Für die Einladung, heute zu Ihnen über die Entwicklungsperspektiven Berlins sprechen zu dürfen, darf ich mich herzlich bedanken. Ich bin mir bewusst, dass ich Ihnen im eigentlichen Sinne wenig Neues sagen können. Viele von Ihnen sind seit Jahren wenn nicht Jahrzehnten genaue Beobachter und oft Mitgestalter der regionalen Entwicklung. Ein informierteres Publikum kann ich mir zu unserem heutigen Thema kaum vorstellen. ... und dennoch möchte ich Sie einladen, mit mir über die Zukunft „unserer“ Stadt und ihres brandenburgischen Umlandes nachzudenken.

Um es ein überspitzt auszudrücken: Ich vertrete die These, Berlin, genauer die Region, ist auf dem besten Wege, ihre Zukunftschancen zu verspielen. Dies ist ein bitteres Wort, dessen bin ich mir bewußt. Sie gestatten mir (hoffentlich), wenn ich deutliche Worte wähle. Oft ist eine Differenzierung angezeigt; Ich mag es aber nicht, um den „heißen Brei“ herumzureden und ich denke: es hilft auch der Akademie nicht, sich zu leise und zu diplomatisch zu verhalten.

Die These der verspielten Chance vertrete ich zum einen vor dem Hintergrund der Szenarien, die wir am Institut für Stadtforschung 1990 / 91 zur möglichen Zukunft der Großstadtregion Berlin veröffentlichten und ich sage dies – zum anderen - vor dem Hintergrund der sog. BerlinStudie, jenes 1998 von der EU verlangten und 2001 mit einem Vorwort E. Diepgens, der sich für die Studie nie interessierte - veröffentlichten Zukunftsberichts, den ein 15-köpfigen Professorenkollegiums höchst unterschiedlicher Fachdisziplinen verfasste. Darin haben wir eine Strategie formuliert – ergänzt durch rd. 120 Empfehlungen zu fast allen Politikfeldern der Stadtpolitik. Heute – 6 Jahre nach Veröffentlichung müssen wir feststellen, dass davon wenig (zu wenig) umgesetzt wurde. Die BerlinStudie gleicht einem Steinbruch. Man greift sich Brocken heraus, die einem passen, andere bleiben unbehauen, während doch eigentlich eins in andere greifen sollte ... so war es gedacht.

Wie Sie sich vielleicht erinnern: Uns, den Autoren der BerlinStudie kam es auf eine fachübergreifende ganzheitliche Sicht an. Unser Anliegen war, nicht, die Welt völlig neu zu erfinden: Kurz gesagt ging es uns um eine Art Regierungserklärung. Ziel war, ein umfassendes strategisches Konzept vorzulegen und damit das nachzuholen, was eigentlich die vornehmste Aufgabe eines jeden Regierenden Bürgermeisters sein sollte, der zu Beginn einer Legislaturperiode im Abgeordnetenhaus die Richtung vorzugeben hätte, der die Gewichte setzen und den Weg aus dem „Tal der Tränen“ weisen müßte.

In Berlin hat weder Herr Diepgen (noch später Herr Wowereit) jemals eine solche strategische Regierungserklärung abgegeben anders z. B. Klaus. v. Dohnanji in seiner Rede vor dem Überseeclub Hamburg, mit der er – bis heute noch im Konzept „wachsende Stadt“ spürbar - die Stadt Hamburg auf ihre Zukunftsrolle einstimmte. Die Folge: in Berlin gab und gibt es eine Leerstelle, ein intellektuelles Vakuum (Anders in Brandenburg: Hier gibt es seit der Zöpfel-Kommission klarere Vorstellungen und auf MP Platzek widmet sich diesem Thema).

Wenn der Regierende Bürgermeister nicht seine Stimme erhebt und keine tragfähige, über die Fraktionen hinweg konsensstiftende Antwort auf die zentrale Zukunftsfrage der Stadt „wie soll es weitergehen?“ zu geben gewillt ist, dann ist die Gefahr evident: die Chance ist vertan, mit einem Leitbild alle in die Pflicht zu nehmen, verschiedene Interessen und Akteure einzubinden, abzuwägen oder gar gleichzurichten. Etwas entscheidendes fehlt. Die Folge sind: unkoordiniertes Handeln, Nichthandeln oder Gegeneinander Handeln. Damit verstreicht unnötige Zeit, werden Reformen verpasst und der Schlendrian des „weiter so“ wird hingenommen.

5 Defizite der Politik

Stadt des Wissens:

Im Mittelpunkt zahlreicher Sonntagsreden steht inzwischen der Begriff „Stadt des Wissens“. Leider wird er nicht angemessen umgesetzt.

Die BerlinStudie knüpfte bewusst an die Befunde der jüngeren Regionalforschung an. Inzwischen ist in zahllosen Publikationen nachgewiesen, was für den Erfolg einer Region (gemessen in GDP, Arbeitsplätze) ausschlaggebend ist: Die Akkumulation von Wissen (knowledge, insbesondere auch tacit knowledge) ist der Schlüssel erfolgreicher Regionen. Die internationale Forschung liefert mittlerweile klare Empfehlungen: im 21. Jahrhundert kommt es für erfolgreiche, sich nachhaltig entwickelnde, Stadtregionen vor allem auf zwei Herausforderungen an: auf lokales Wissen, möglichst sogar Wissensvorsprünge und die Bindung junger qualifiziert ausgebildeter Menschen. Um Berlin als „Stadt des Wissens“ zu profilieren, müßte die Stadt weg von Investitionen in Beton und hin zu solchen in Köpfen umsteuern. Entschieden auf den Bildungs- und Kulturbereich in seiner vollen Breite zu setzen, dazu fehlt jedoch der zum Sparen gezwungenen Stadt schlicht an Kraft.

Städte werden gelegentlich in der Theorie - analog zum menschlichen Körper - als Organismen begriffen, die durch komplexe, einander wechselseitig bedingende kausale Beziehungen determiniert werden. Wie in der Medizin sind wir weit davon entfernt, genau zu verstehen, welche Faktoren wie aufeinander wirken. Monokausale Analysen helfen nicht; Multikausale Modell leiden an fehlender empirischen Tests und Operationalisierbarkeit. Vermutlich müssen Teilantworten aus der Ökonomie mit denen aus der Soziologie, der Psychologie, den Politik- und Rechtswissenschaften, der Ökologie und der Technik zusammengeführt werden.

Aber soviel läßt sich doch sagen: Während man früher eher einzelne Standortfaktoren untersucht und gewichtet hat (z.T. multivariate Analysen, z.B. J. Bröcker oder Eckey), hat sich jüngst die Erkenntnis durchgesetzt, dass für die Dynamik der Regionalentwicklung offenbar bestimmte Faktorenkonstellationen ausschlaggebend sind, die förderlich oder hinderlich sein können. Eine zweite Erkenntnis: Unter allen Einzelfaktoren kommt der Komposition der regionalen Qualifikationen eine Schlüsselrolle zu. Ohne einen überproportionalen Anteil an Hochqualifizierten.....sind „learning regions“, ist „knowledge-based urban development“ nicht denkbar. Wie mißt man diesen ? als relativ verlässlicher Indikator gilt der Anteil von Hochqualifizierten am lokalen Arbeitsmarkt (M: 18,5 %; B: 13,2 % siehe Auswertungen des IAB Nürnberg).

Nicht Informationen sind in Zeiten weltweit Datenvernetzung noch der Engpaß, nicht Kapital, nicht harte Infrastruktur, sondern reflexives, möglichst vielfältiges Wissen, versammelt in den Köpfen der „kreativen Klasse“. Erfolgreiche Metropolregionen zeichnet eines aus: ihr

gebündeltes, vernetztes Top-Wissen, verstanden als individuelle sowie kollektive Fähigkeit, permanent zu lernen, mit Daten souverän umzugehen, sie sicher zu interpretieren, Zusammenhänge über Fachgrenzen hinweg herzustellen, ohne die globalen Risiken aus dem Auge zu verlieren. Wichtiger noch, als die Fähigkeit, in eigenen Instituten selbst laufend neue Forschungsergebnisse zu generieren, ist es, andernorts entwickelte Ideen, Kenntnisse und Innovationen schnell aufzunehmen, diese mit lokal vorhandenem know how zu verbinden, um dann beides in neue Produkte, Dienste und Unternehmensstrategien umzusetzen.

Da Wissen im reflexiven Sinne schneller Lernfähigkeit selbst im Zeitalter ubiquitärer Daten auf wenige lernende Metropolregionen konzentriert bleibt und zwar solche, die Talente anziehen, Talente ausbilden und die Talenten berufliche Perspektiven eröffnen, ist es naheliegend, dass die Region Berlin ihre Strategie auf dieses Potenzial ausrichtet, z.B. indem sie die Ausbildung in allen Bereich verbreitert, also gerade nicht spart, um die Zahl der Studenten abzusenken, sondern im Gegenteil allmählich auf 200.000 anzuheben, wohlgerne unter gleichzeitiger Verbesserung der Qualität der Schulen und Hochschulen. Andere europäische Metropolregionen haben diesen Weg bereits eingeschlagen, Berlin redet zwar gern davon, beweist aber mit jeder Entscheidung aufs Neue, dass sie es mit diesem Ziel nicht ernst meint, weil ihr letztlich der finanzielle Spielraum fehlt. London, Madrid, Paris, Mailand u.a. bilden inzwischen an ihren lokalen Hochschulen durchweg zwischen 200.000 und 300.000 Studenten aus, die größtenteils nach Beendigung ihres Studiums in der Region bleiben (wollen), sei es um einen gutbezahlten Job anzunehmen (u.a. bei Firmen, die ohne dieses kreative junge Arbeitsmarktpotential gar nicht kommen würden) oder auch, um sich selbstständig zu machen.

Diese Erkenntnis gilt nicht erst, seit Richard Florida mit seinem Begriff der „kreativen Klasse“ popularisierte und seine These in die Welt setzte, dass das Dreigestirn „Technology – Talent – Tolerance“ maßgebend sei. Wissensvorsprünge können nur Regionen erringen, deren regionale Wissensprofile in diesem Sinne weit überdurchschnittlich ausfallen.... nicht zuletzt, weil die Unternehmen weniger an harter Beton Infrastruktur interessiert sind, sondern mehr und mehr an „labor market pools“, d.h. dem Mix an Qualifikationen.

Ich erinnere an die Debatte Globalisierung versus Regionalisierung, eine - wie wir heute wissen - Schein Dichotomie, denn inzwischen ist klar: Trotz Internationalisierung der Kapitalströme, trotz multinationaler Unternehmen und des grenzenlosen Informationsaustausches, bleibt die regionale Einbettung (Grabher, Granovetter) wichtig. Innovationen sowie die schnelle Adaption andernorts neu entwickelter Märkte und Technologien und ihre Verbindung mit örtlichem Wissen, ist entscheidend, wenn eine Stadtregion in der 1. Liga mitspielen möchte. Erfolgreiche Stadtregionen sind solche, die über Wissensvorsprünge verfügen. Dass einfache Fertigungen und Dienstleistungen aus den westlichen Industrieländern abwandern, ist bekannt. Allein durch Wissensakkumulation können – dank überproportionaler Produktivität – auch an solche Hochlohnstandorte (wie Berlin) Fertigungen und Dienstleistungen halten und neu entwickeln, die ansonsten durch Abwanderung betroffen sind.

Insofern verliert die überkommene traditionelle Wirtschaftsförderung, die mit Fördermitteln und günstigen Grundstücke Unternehmen zur Ansiedlung bewegen versucht, sichtlich an Bedeutung zugunsten einer verbesserten Bildungspolitik. Nicht der Wirtschaftssenator, sondern der Schul- sowie der Wissenschaftssenator sind künftig der wichtigste Motor der Stadtpolitik.

Mißt man die Politik Berlins an diesen Anforderungen, so wird deutlich: Die Funktionseliten Berlins haben diesen komplexen Zusammenhang nicht verstanden, räumen ihnen zumindest jedoch nicht die hinreichende Priorität ein.

- Der Abbau der Studentenzahlen auf 85.000 ist völlig gegen den Trend; alle anderen europäischen Metropolen setzen auf Bildungs-Expansion.
- Schulen: Beim PISA Test (Ländervergleich) vorletzter Platz
- Kinder- und Schülerläden: Früher mal Vorreiter; jetzt Mittelmaß und Sparmaßnahmen
- Einsparungen der Kulturförderung incl. Bibliotheken, obwohl immer noch in vielen Sparten führend

Finanzkrise

Schulen und Hochschulen, Bildung und Kultur kosten Geld. Bei der Frage nach den Gründen für die ausbleibenden Weichenstellungen stößt man schnell auf den Kern des Berliner Übels. Unabweislich offenbaren sich die paralyisierenden, die Zukunft verbauenden Wirkungen der Berliner Finanzkrise als das was sie sind: als Barriere notwendiger Reformen, als Damoklesschwert, das jede über den Tellerrand weisende Empfehlung, soweit sie Geld kostet, in den Bereich des Unrealistischen zu verbannen droht.

Seitdem im April 2001 die politisch gewollten, aber höchst riskanten Immobiliengeschäfte der Bankgesellschaft platzten, lähmt die Bewältigung der Finanzkrise die Möglichkeiten der Politik. Im Rahmen der unbegrenzten Schuldenübernahme wurden Defizite in Höhe von ca. 5 - 8 Mrd € ausgeglichen. Zudem hat das Abgeordnetenhaus eine Landesbürgschaft von bis zu 21,6 Mrd. € beschlossen, um die Bankgesellschaft zu retten. Den vom Finanzsenator veröffentlichten Haushaltsdaten ist zu entnehmen, dass die Schulden Berlins überwiegend erst nach 1990 gemacht wurden, als der Senat trotz auslaufender Berlinförderung noch bis in die 2. Hälfte der 90er Jahre seine teure Personal- und Wohnungspolitik fortsetzte. (Nicht die Hochschulen und nicht die Kultur verursachten das Defizit, sondern Wohnungsbaupolitik (85 % aller Neubauwohnungen im geförderter sozialen Wohnungsbau) und Personalkosten der öffentlichen Bediensteten. Zu spät schaltete der Senat um.

Seitdem beherrscht das Thema Haushaltssanierung und Sparen die öffentlichen Debatten. Es verweist seit 2001 alle anderen Themen auf die nachgeordneten Plätze. Nicht nur musste der regierende Bürgermeister Diepgen zurücktreten; der rot-rote Senat erbte einen Mühlstein. Finanzsenator Sarrazin sah sich in der Pflicht, weitaus radikaler als seine Vorgänger, den Rotstift bei den öffentlichen Aufgaben anzusetzen. Seine Hoffnung, dass der Bund einen Teil der Schulden übernimmt, platzen, als das Bundesverfassungsgericht nicht der Argumentation Berlins zu folgen bereit war. Karlsruhe attestiert Berlin, dass die Stadt so arm nicht sei und forderte die Stadt erneut zum Sparen und zur Konsolidierung aus eigener Kraft auf.

De facto beraubt sich die Stadt mit der Bankenkrise endgültig jedes weiteren Gestaltungs- und Handlungsspielraums für strukturelle Zukunftsinvestitionen und das auf Jahre. Berlin wirkt wie gelähmt... die Stimmung in der Wirtschaft hat sich zwar im Zuge des jüngsten Konjunkturaufschwungs verbessert..... aber wohl nur bis zur nächsten Krise. Im verarbeitenden Gewerbe und bei den traditionellen Dienstleistungen (z.B. Einzelhandel, Banken und Versicherungen), aber auch bei jungen start ups herrscht gebremste Stimmung. Diese gedrückte Stimmung unterscheidet Berlin deutlich von München, Hamburg oder

Frankfurt, ganz zu schweigen von derjenigen anderer europäischer Metropolen. Berlin ist die Ausnahme. Nirgendwo sonst werden die Zukunftsperspektiven als derart belastet und angstbesetzt wahrgenommen, so dass sich nicht wenige resignierend abwenden, abwandern oder sich achselzuckend mit den Zuständen arrangieren.... in der vagen Hoffnung auf bessere Zeiten.

Zu- und Einwanderung

Die demographische Entwicklung der in Berlin und Brandenburg ansässigen Bevölkerung lässt sich exakt hochrechnen. Die große Unbekannte sind die Zahlen der Zu- und Einwanderer aus dem In- und Ausland. Dass die Öffentlichkeit, aber auch die Politik von falschen Einwohnerzahlen ausgeht, dürfte unter Fachleuten bekannt sein, obwohl die offiziellen Zahlen nach wie vor die einzig verfügbare Grundlage der Planung liefern. Da die Einwohnerzahlen auf Fortschreibungen der 20 Jahre alten Volkszählungsdaten mit Hilfe polizeilicher An- und Abmeldungen basieren, sind die vom Statistischen Landesamt Berlin-Brandenburg veröffentlichten Zahlen höchst unzuverlässig. Unter Berücksichtigung der Dunkelziffern bei Deutschen und Ausländern, dürfte die aktuelle Einwohnerzahl für die Region deutlich über 5 Mio liegen. In Berlin dürfte die Einwohnerzahl inzwischen die 4,0 Mio Marke überschritten haben; zusammen mit dem Umland ergeben sich ca. 5,2 – 5,5 Mio EW im gesamten engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.

Wie hoch allerdings die genaue Zahl der Zugewanderten in Berlin derzeit ist, gehört zu den ungelüfteten Geheimnissen. Niemand kennt die genaue Zahl, da sich Zuwanderung zu großen Teilen in der Grauzone des Ausländerrechts abspielt. Schätzungen des Polizeipräsidenten, sowie der Ausländervereine zufolge dürfte sich die Dunkelziffer im Bereich von 500.000 – 800.000 Menschen bewegen. Daraus folgt: Stadt und Regionen wachsen, obwohl die Politik immer noch von dem Bild der schrumpfenden Stadt ausgeht.

Zu- und Einwanderung bringen Chancen und in der Regel auch einen positiven Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt, zumal wenn es sich um junge, motivierte oder qualifizierte Zuwanderer handelt.

Angesichts der gesichert prognostizierten demographischen Überalterung, aber auch angesichts der Notwendigkeit, in der Region Wissen zu akkumulieren, wird der Wettbewerb unter den Regionen künftig vor allem um Jugendliche und junge Erwachsene geführt und zwar solche, die bereits gut ausgebildet sind oder die talentiert und deshalb ausbildbar sind. Dieses Postulat stellt z.B. die OECD bereits seit Jahren in den Mittelpunkt ihrer Regionalempfehlungen.... in Berlin ohne erkennbares Echo.

Berlin ist de facto Einwandererstadt, insbesondere nach Fall des Eisernen Vorhangs. Seit 1993 (Asylrechtsänderung) wird allerdings der Teil der Zuwanderer aus Nicht-EU Ländern in die Halb- oder Illegalität gedrängt. Der Berliner Senat verspernte sich bis 2000 fast vollständig der Einsicht und den praktischen Herausforderungen der Migration. Politik und Verwaltung sahen Ausländer vor allem als Kostgänger der Sozialen Systeme und meinten, den Stammtisch-Ressentiments eines Teils der Wähler nachgeben zu müssen. Im Gegensatz zur überwiegend toleranten Bevölkerung, meinte der Senat, Ausländer ohne legalen Status so schnell als möglich wieder loswerden zu müssen, notfalls durch Abschiebung.

Seit 40 Jahren leben zugewanderte ehemalige Gastarbeiter mit ihren Familien in der Stadt, teilweise bereits in der 3. Generation, zudem Flüchtlinge, Asylsuchende und

Wirtschaftsmigranten. Die Stadt beherbergt aus den verschiedenen Wellen der Anwerbung von Gastarbeitern zunächst südeuropäische, später türkische sowie in den 90er Jahren osteuropäisch geprägte Ethnien. Lange gab es im alten West-Berlin ein bemerkenswert friedliches Nebeneinander; von der deutschen Bevölkerung wurden die Zuwanderer eher gelassen hingenommen; rechtsradikale Ausschreitungen waren im brandenburger Umland häufiger als im toleranten Berlin. Anders die Politik: zunächst eher vernachlässigt wandelte sich die Einstellung in den 90er Jahren: Zuwanderer galten mehr und mehr als unerwünscht, die die Behörden zunächst mit Rückkehrprämien zur Ausreise zu bewegen suchten oder denen sie später – wenn sie denn bleiben wollten – bei der Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen und der Erteilung von Arbeitserlaubnissen Schwierigkeiten machten.

Eine vorausschauende Stadtpolitik hätte sich die Aufgabe der aktiven Werbung um Zuwanderer aus dem In- und Ausland zueigen machen. Zu- und Einwanderung bringen Chancen und in der Regel auch einen positiven Beitrag zum Brutto-Inlandsprodukt, zumal, wenn es sich um junge, motivierte und talentierte Zuwanderer handelt. Wirtschaftsregionen mit hohen Zuwanderungszahlen schneiden besser ab, als Regionen, die sich gegen Zuwanderung abschotten. Sofern sie eine tolerante Einwanderungspolitik betreiben profitieren Großstadtreionen – insbesondere in der 2. und 3. Generation – von den neuen Ideen und den Verbindungen in ihre Heimatländer.

Berlin bekennt sich noch immer nicht zu ihrer Rolle als eine der wichtigen europäischen Einwandererstädte („gate way cities“); vielmehr verschließt sie – nicht anders wie die Bundesregierung – die Augen vor der sozialen Zumutung der Halblegalität, in der sie viele Zuwanderer und ihre Familien im Stich läßt. Sie anerkennt auch nicht deren Potential zur Generierung neuer Arbeitsplätze, denn die Quote der von Ausländern gegründeten Unternehmen übersteigt die der Deutschen bei weitem; d.h. mit ihren neu geschaffenen Arbeitsplätze helfen sie inzwischen, Arbeitslosigkeit abzubauen, trotz der nach wie vor hohen Hürden bei der Eintragung in die Handwerkerrollen oder bei der Aufnahme von Bankkrediten.

Zwar begann Berlin ab 2002 damit, seine Migrationspolitik zu liberalisieren; die Stadt zeigte sich offener. Für die Brennpunkte der Stadt wurden Quartiersmanager dank des Bundesprogramms „soziale Stadt“ eingestellt. Gleichwohl blieb der Sinneswandel in Berlin halbherzig, denn auch aktive Integration kostet Geld und deshalb sind – wie sich in Neukölln zeigt – Änderungen in den Problemquartieren noch kaum spürbar geworden, ganz abgesehen davon, dass mit den Einbürgerungstests neue Hindernisse drohen.

Keine Ost-West Drehscheibe

Das Desinteresse an ausländischen Neubürgern setzt sich fort in der Vernachlässigung der Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarstaaten. Anders als Hamburg, ist Berlin keine Handelsstadt. Während der Hamburger Im- und Exportkaufmann mit einem Bein stets jenseits des Ozeans steht und sich weltoffen in anderen Ländern, ihren Gesetzen, Gesellschaften und Märkten auskennt, pflegt der Berliner – überspitzt gesagt – seine Beamten- und Angestelltenmentalität. Berlin ist – trotz der Nähe zu Mitteleuropa – nicht zur Ost-West Drehscheibe geworden, wie dies nach der Wende in diversen Szenarien und Strategiepapieren antizipiert wurde. Die wirtschaftlichen Verflechtungen der untergegangenen DDR sind verlorengegangen. Neue Kontakte haben diesen Verlust nicht ausgleichen können. Berlin besitzt hier – trotz seiner Nähe – keinen erkennbaren Vorsprung vor jeder anderen deutschen Großstadt. Gäbe es nicht die Viadrina, die in Frankfurt/Oder beispielhaft vorführt, wie man grenzüberschreitende Nachbarschaft gestalten könnte, fiel es kaum auf, was die Politiker der

Stadt versäumt haben. Die räumliche Nähe zu Polen, zu Tschechien, zu den baltischen Staaten oder zu Russland ist in Berlin offenbar kein hinreichender Grund, Neugierde für die östliche Nachbarn zu wecken.

Dieser Mangel wiegt schwer, zumal in Verbindung mit der Ausgrenzung ausländischer Mitbürger, die – mehr als die deutschen – in der Lage sind, dank ihrer Doppelsprachigkeit und ihrer Verbindungen in die Heimatländer den grenzüberschreitenden Austausch von Waren, Dienstleistungen, Ideen und Kultur, zu organisieren.

Fehlender Mittelstand

Der wirtschaftliche Strukturwandel traf Berlin und Brandenburg in doppelter Weise. Im Ostteil der Stadt wurde keines der ehemaligen 18 Kombinate gerettet. Im Westteil musste sich die Industrie nach Auslaufen der Berlinförderung schnell und radikal umstellen: Viele Unternehmen standen vor der Wahl: entweder innerhalb weniger Jahre mit neuen Produkten und modernster Produktionstechnik international wettbewerbsfähig zu werden oder aber abzuwandern, wenn nicht gar die Werkstore zu schließen. Wie das DIW nachgewiesen hat, ist die Umsetzung von Forschungsergebnisse in junge wettbewerbsfähige Produkte die neuralgische Schwachstellen der Berliner Wirtschaft. Schon 1995 war erkennbar, dass 60 % aller Betriebe des verarbeitenden Gewerbes eine Standortverlagerung – überwiegend ins benachbarte Brandenburger Umland - planten, während rd. 40 % Absichten verfolgten, Teile ihrer Fertigung in ein osteuropäisches Nachbarländer zu verlagern.

Der Berliner Senat hat bis heute auf diese Strukturschwäche des verarbeitenden Gewerbes und die damit drohenden Arbeitsverluste keine angemessene Antwort. Stattdessen setzte der Senat auf Dienstleistungen, eine trügerische Perspektive. Da Dienstleistungen eine Nachfragebasis benötigen, hängen die Arbeitsplatzpotentiale letztlich von der Struktur der Aufträge ab. Zwar bewirkte der den Umzug der Bundesregierung den Ausbau regierungsnaher Dienste. Ohne industrielle Basis können sich unternehmensbezogene Dienste, die üblicherweise das höchste Wachstumsraten aufweisen, nur unterproportional entwickeln.

Klar war deshalb, die Stadt braucht einen neuen gewerblichen Mittelstand. Wie man diesen gewinnen oder heranziehen kann, darüber wurde öffentlich nicht einmal nachgedacht. Obwohl erkennbar ist, dass nicht alle Betriebe abwandern, besitzt der Senat kein Konzept, wie der Mittelstand ausgebaut werden kann. Internationalen Erfahrungen zufolge bevorzugen Betriebe mit High Tech Produkten (know-how intensive Betriebsteile und –branchen), mit Präzisionsprodukten oder mit nicht standardisierbaren Kleinserien und hohem Anteil an produktbezogenen Dienstleistungen durchaus in der Stadt. Sofern ihre Produktivität hoch genug ist und sie auf Hochqualifizierte des großstädtischen Arbeitsmarktes angewiesen sind, brauchen einen Standort in der Stadt.

Da die Zuwanderung von Industriebetrieben von außen die Ausnahme geworden sind, besteht die einzige Chance, langfristig einen neuen Mittelstand heranzuziehen, darin, aus den Firmenneugründungen eine möglichst großen Anteil in eine Wachstumsphase zu führen, und ihre Kapazitäten zu stärken, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Fragt man nach der Umsetzung dieser naheliegenden Strategie, stößt man in Berlin erneut auf ein Defizit.

Berlin ist zwar zum Mekka junger Menschen geworden; die Stadt saugt Ausbildung suchende oder bereits andernorts ausgebildete junge Leute auf, vorzugsweise solche, die Neues ausprobieren wollen und die ein soziales Milieu suchen, das sie stützt und ihnen Freiräume lässt. Dass Berlin diese jungen Zuwanderer vor allem mit Ausbildungs- und Studienplätzen (siehe oben) anziehen und dass die Stadt ihnen später den Start und das Überleben auf einem ggf. selbständigen Berufsweg erleichtern sollte, wurde und wird in der Stadt, in der die traditionellen Jobs wegbrechen, noch immer nicht als die letztlich aussichtsreichste Option der wirtschaftlichen Sanierung gewürdigt. Berlin zeichnet sich erfreulicherweise durch eine – im Vergleich zu anderen Bundesländern - überproportionale Quote an Neugründungen aus; dass diese aber selten die ersten Jahre überleben, später überproportional wieder verkümmern, entzieht sich der Wahrnehmung der Senatspolitik.

Eine problematische Rolle spielen dabei die Banken. Junge Firmen benötigen nach der Phase der Gründung und der ersten Konsolidierung – d.h. nach 3 – 8 Jahren – Kapital, um in die Wachstumsphase (take off Phase) einzutreten. Verschiedene Schwellen sind typischerweise von jungen Unternehmen zu meistern, von denen die Beschaffung von Finanzmitteln, sei es Eigenkapital, Fremdkapital oder Risikokapital oder Fördermitteln, i.d.R. die höchste Hürde darstellt. Während Firmenneugründungen in der Startphase in der Regel mit öffentlicher Unterstützung rechnen können, finden sie sich wenige Jahre später weitgehend alleingelassen. Nicht selten unüberwindbare Schwierigkeiten bereiten ihnen – mangels Sicherheiten - Verhandlungen mit Banken, da diese prozyklisch agieren und in den Jahren seit 2000 eine deutlich restriktive Beleihungspraxis zeigen. Einzelheiten dringen selten an die Öffentlichkeit. In einer 2006 abgeschlossenen Untersuchung wurde jedoch u.a. die Beleihungspraxis der Banken in Berlin-Lichtenberg in Fallstudien analysiert und die wachstumshemmenden Wirkungen auf junge Unternehmen bestätigt.

Während sich die Geschäftsbanken weitgehend aus der Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen verabschiedet haben, verbleiben Sparkassen und Volksbanken oft als einzige Finanzierungs-Institute für mittelständische Unternehmen übrig, aber auch diese verhalten sich zögernd und entscheidungsgehemmt. Einige Banken schließen Firmen bestimmter Branchen oder in Problemlagen völlig aus. Sie praktizieren ein Ranking der Branchen und Standorte; d.h. Firmen in bestimmten Branchen und Lagen erhalten überhaupt keine Kredite mehr (z.B. in rückläufigen Wirtschaftsregionen Ostdeutschlands). Besonders betroffen sind wiederum Firmen mit ausländischen Inhabern, obwohl diese für die lokale Versorgung und als Arbeitgeber für Zuwanderer oft eine wichtige Rolle spielen. Im Gegensatz zur KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) verhalten sich auch die Förderbanken des Landes restriktiv; bei kleinen Anfragen landet man in Call-Centern, die nur Standardberatungen bieten.

Transformation ohne Politik

Das Bild wäre noch düsterer, wenn sich nicht gegenläufig auch immer wieder Anzeichen der Erneuerung abzeichnen würden, die hoffen lassen, dass nicht alles grau verschwimmt.

Zum einen zieht der allgemeine konjunkturelle Aufschwung 2006/07 auch die Berliner Unternehmen mit und zwar ohne wirtschaftspolitische Reformen. Die Zahl der Arbeitslosen ist erstmalig seit Jahren wieder rückläufig, obwohl diese noch immer 350.000 liegt.

Die Unternehmen der Industrie und die Bauwirtschaft haben einen mehrjährigen Schrumpfungsprozeß hinter sich. Die überlebenden Firmen jedoch stellen – nach vielen Jahren – wieder neue Mitarbeiter ein. Noch deutlicher allerdings zeichnet sich der Aufschwung bei den Medien-, Werbe- und Softwareunternehmen ab, die das Potenzial

hochmotivierter Mitarbeiter nutzen. Berlins Pool an jungen qualifizierten Absolventen, die als „Praktikanten“ oder Berufsanfänger in wechselnden Kurzzeitjobs, bei niedrigen Gehältern auf Berlins unterentwickeltem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen versuchen, bieten günstige Voraussetzungen für den Kreativbereich.

Ferner sind im Gefolge des Regierungsumzugs zahlreiche regierungsnahe Dienstleistungen, Nachrichten- und Medienunternehmen, Botschaften, Verbände und Firmenvertretungen neu nach Berlin gekommen, die die Stadt zum Forum der internationalen Politik, der Nachrichtenagenturen, der PR Fachleute und der Lobbyisten machen.

Aber auch in der Wirtschaft tut sich in einigen Sektoren etwas: In der Medizin und in der Biotechnik gewinnt Berlin ein neues Standbein. Die Modeindustrie und die Filmwirtschaft entwickeln sich erfreulich. Logistikunternehmen haben im Umland kräftig expandiert und auch im Flugzeugbau konnten Berlin und das südliche Brandenburger Umland zulegen.

Vor allem aber beweist Berlin sein alte (und einzig wirkliche) Stärke mit europaweiter Ausstrahlung: Im Kreativ-, Kunst- und Kulturbereich rangiert die Stadt ganz oben, ein Segment, von dem u.a. auch der sich positiv entwickelnde Tourismus profitiert.

In all diesen Bereichen wirken sich Berlins o.g. Strategiedefizite offenbar kaum aus; die Politik des Senats ist schlicht uninteressant. Oft sind es globale Trends, die die Metropolregion in ihrem Sog mitziehen. Sie verleihen Berlin – weitgehend unabhängig von der Politik des Senats – Auftrieb.

Schlußbemerkung

Sie werden bemerkt haben, dass ich mehrere üblicherweise bekannte Probleme nicht erwähnt habe: Der Ausbau des Flughafens Schönefeld gehört dazu. Die Chance, Drehkreuz im Ost-Westflugverkehr zu werden, ist zunächst vertan. Ob Frankfurt, München oder Kopenhagen ihre führende Rolle an Berlin abtreten werden, ist ungewiß..... aber solange Tegel offen ist, kann die Stadt damit leben, citynah angebunden zu sein.

Die Fusion Berlin Brandenburg habe ich ebenfalls nicht erwähnt. Ich glaube, dieser Punkt wird überschätzt. Ich denke Brandenburg ist gut beraten, mit Berlin Staatsverträge abzuschließen, auf eine Fusion aber zu verzichten.

Die Verwaltungsreform wäre ein eigenes Kapitel das ich hier bewusst auslasse, obwohl ich Effizienzsteigerungen der Verwaltung für wichtig halte

Niemand wird behaupten, es gäbe einfache Antworten auf komplexe Probleme, nur fällt in Berlin eines auf: Änderungen vollziehen sich in der Stadtpolitik unendlich zäh. Berlin verliert Zeit und steht sich bei weitsichtigen Entscheidungen oft selbst im Wege, während andere Metropolen – prinzipiengeleitet und pragmatisch - längst davonziehen. Berlin ist Nachzügler; also sollte die Stadt die Neugierde besitzen, zu lernen, wie andere Regionen ihre Strukturprobleme gemeistert haben, um die Stadt auf den Pfad der Erholung zurückzukehren.

Berlin hat dank der in die Stadt strömenden jungen Leute die Möglichkeit, einer der wenigen Knoten der Wissensgesellschaft in Europa zu werden – aufbauend auf seinem attraktiven

Umfeld, seiner kulturell differenzierten Landschaft und deren Einbettung in eine sozial stimulierende Jugendszene mit ihrer experimentierfreudigen, meinungsoffenen und toleranten Mentalität. Eine Beschleunigung könnte diese Dynamik erfahren, wenn sich Politik und Verwaltung als ebenso lernfähig erwiesen, wenn sie konsequent auf Investitionen in das regionale Humankapital umschalten und Hand in Hand mit dem privaten Sektor ihre Schnelligkeit bei überfälligen Innovationen unter Beweis stellen würde.